

Die Brexit-Debatte 12.05.2015



LONDON/BERLIN (Eigener Bericht) - Deutsche Europaparlamentarier schlagen für Großbritannien einen "neuen Status" in der EU vor. Das Vereinigte Königreich dürfe in Brüssel "nicht als Dauerblockierer" auftreten, fordert Alexander Graf Lambsdorff, Europaabgeordneter der FDP; London müsse jetzt entscheiden, "wo es sich von Europa lösen will und ob man eine neue Form der Mitgliedschaft will". Hintergrund ist der Wahlsieg der britischen Konservativen am vergangenen Freitag, dem voraussichtlich spätestens Ende 2017 ein Referendum über die britische EU-Mitgliedschaft folgen wird. Deutsche Wirtschaftsvertreter warnen, ein Austritt Großbritanniens aus der EU wäre nicht nur für die weltwirtschaftliche Stellung Europas, sondern vor allem auch für deutsche Unternehmen nachteilig: Das Land ist einer der wichtigsten Auslandsstandorte deutscher Firmen und hat der Bundesrepublik 2014 einen Handelsüberschuss von 41,8 Milliarden Euro verschafft. Auch weltpolitisch würde die EU durch einen "Brexit" erheblich geschwächt, warnt ein Experte, der die EU-Staaten auffordert, sich in die innerbritische Debatte über die EU-Mitgliedschaft einzumischen. So könnten Unternehmen etwa aus Deutschland, die Standorte in Großbritannien unterhalten, ihrem dortigen Personal nahebringen, dass ein britischer EU-Austritt mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden sei. Solchen Hinweisen werde sich die britische Wahlbevölkerung voraussichtlich nicht verweigern.

Vor dem Referendum

Nach dem knappen Wahlsieg der Konservativen bei der britischen Parlamentswahl am vergangenen Freitag hat die Debatte über einen möglichen Ausstieg Großbritanniens aus der EU ("Brexit") neue Fahrt aufgenommen. Premierminister David Cameron hatte im Januar 2013 angekündigt, im Falle seiner Wiederwahl bis spätestens Ende 2017 ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft des Landes abhalten zu wollen. Da die Tories nach ihrem Wahlsieg anders als in der vergangenen Legislaturperiode keine Rücksichten mehr auf einen Koalitionspartner nehmen müssen, steht dem Referendum nun nichts mehr im Wege. Beobachter spekulieren, es könne womöglich schon um die Jahreswende 2016/2017 abgehalten werden. Zuvor will Premierminister Cameron versuchen, in der EU Ausnahmeregelungen für Großbritannien bei bestimmten Normen durchzusetzen, die britischen Interessen nicht entsprächen. Dies wird allerdings in Brüssel und in den Hauptstädten vieler EU-Mitgliedstaaten kategorisch abgelehnt.

Ein bedeutender Wirtschaftsstandort

Deutsche Wirtschaftsvertreter sind alarmiert. Ohne Großbritannien verlore "der europäische Binnenmarkt klar an Gewicht", warnt BDI-Hauptgeschäftsführer Markus Kerber: "Das wäre fatal in einer Zeit, in der sich die globalen Wirtschaftskräfte bereits zu Ungunsten von Europa verschieben." [1] Tatsächlich steht das Vereinigte Königreich für 12,5 Prozent der EU-Bevölkerung, für rund 14,8 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung und für gut 19,4 Prozent der Ausfuhren aus der EU. [2] Zudem ist, wie Kerber feststellt, "gerade für die deutsche Wirtschaft ... die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich von zentraler Bedeutung". Deutsche Unternehmen haben (Stand: Ende 2012) fast 121 Milliarden Euro in Großbritannien investiert - immerhin zehn Prozent der insgesamt 1,2 Billionen Euro an unmittelbaren und mittelbaren deutschen Investitionen im Ausland. Großbritannien war 2014 mit einem Volumen von 84 Milliarden Euro der drittgrößte Abnehmer deutscher Waren noch vor China (74,5 Milliarden Euro); dabei erzielte die Bundesrepublik ein Außenhandelsplus von rekordverdächtigen 41,8 Milliarden Euro. Schließlich deckt London gut 12 Prozent des gesamten EU-Etats. Müssten die britischen Zahlungen an Brüssel umverteilt werden, kämen laut Berechnungen der Bertelsmann-Stiftung allein auf Berlin Ausgaben in Höhe von 2,5 Milliarden Euro im Jahr hinzu. [3] Der BDI-Hauptgeschäftsführer fordert aus all diesen Gründen "von der zukünftigen britischen Regierung, klar für einen Verbleib in der EU einzustehen". [4]

Militärmacht und Medienzentrum

Hinzu kommen machtpolitische Erwägungen. Wie es in einer Analyse des European Council on Foreign Relations (ECFR) heißt, räumen hochrangige Funktionsträger aus dem außenpolitischen Establishment der EU sowie einzelner Mitgliedstaaten "im privaten

Gespräch" unumwunden ein, dass ein "Brexit" für den Staatenbund auch strategisch gravierende Nachteile mit sich brächte. Insbesondere werde die gemeinsame EU-Außenpolitik erheblich geschwächt. Großbritannien, das für ein Viertel der Militärausgaben in der EU und für rund 40 Prozent der EU-Rüstungsforschung stehe, sei die einzige bedeutendere Militärmacht Europas neben Frankreich. Zudem sei London bis heute "ein globales Finanz- und Medienzentrum". "In einer Zeit, zu der die Macht sich von West nach Ost verschiebt", würden "Europas Chancen, auf globaler Ebene etwas zu gelten", deutlich "vergrößert, wenn Großbritannien im Herzen Europas eine konstruktive Rolle spielt", heißt es beim ECFR.[5] Ein britischer EU-Austritt hingegen verringere nicht nur die Chance auf eine machtvolle Weltpolitik der EU, er drohe sogar zum Präzedenzfall für die Auflösung des Staatenbundes zu werden: Euroskeptiker - etwa in Schweden, der Tschechischen Republik oder Ungarn - könnten sich bestätigt fühlen und ihre Aktivitäten intensivieren.

Entscheidungshilfen von außen

Beim ECFR heißt es nun, ein "Brexit" müsse unbedingt verhindert werden - und dazu sollten auch die EU-Staaten beitragen. Es gebe mehrere Möglichkeiten, sich in die britische Debatte mit Aussicht auf Erfolg einzumischen. So könnten europäische Regierungen Großbritannien zum Beispiel ermutigen, nicht nur für Ausnahmeregelungen (wie beim Euro) zu kämpfen, sondern "sich für eine generelle Reform der EU" einzusetzen; davon könnten letztlich alle profitieren. Ratsam sei es, London stärker in finanz- und außenpolitische Debatten einzubeziehen; dass im Rahmen der Eurogruppe und informeller Formate wie des "Weimarer Dreiecks" [6] wichtige Absprachen ohne Großbritannien getroffen würden, sei für den britischen Verbleib in der EU nicht gerade förderlich. "Hilfreich" wäre es hingegen, wenn sich Mitte-Rechts-Parteien außerhalb Großbritanniens entscheiden könnten, enger mit den britischen Konservativen zusammenzuarbeiten, "um sie zurück in den europäischen Mainstream zu ziehen". Gewerkschafter in anderen EU-Ländern sollten ihren britischen Kollegen die Vorteile der "sozialen Agenda Europas" vermitteln. Schließlich könnten Regierungen innerhalb der EU Firmen aus ihren Ländern, die im Vereinigten Königreich tätig seien, anregen, vor dem möglichen Verlust von Arbeitsplätzen im Fall eines britischen EU-Austritts zu warnen. "Während die Öffentlichkeit gegenüber den Äußerungen von Politikern zur Europäischen Frage skeptisch ist, würde sie Warnungen ihrer Arbeitgeber vor den wirtschaftlichen Konsequenzen eines Brexit vermutlich folgen", schreibt Mark Leonard, Mitgründer und Direktor des ECFR.[7]

Nur noch assoziiertes Mitglied

Für den Fall, dass sich die britische Bevölkerung nicht von auswärtiger Einmischung beeindrucken lässt und trotz allem für einen Austritt aus der EU entscheidet, stellen deutsche Europaparlamentarier inzwischen eine dritte Alternative zur Debatte - "eine neue Form der Mitgliedschaft" in der EU, wie Alexander Graf Lambsdorff (FDP) formuliert. Lambsdorffs Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt hat kürzlich eine "assoziierte Mitgliedschaft" vorgeschlagen, die sich vor allem auf die Wirtschaft erstreckte, aber mit geringerer Mitsprache verbunden wäre - offenbar ähnlich wie im Fall der Ukraine.[8] Das Vereinigte Königreich solle "als marktwirtschaftliches und tolerantes Land" in der EU bleiben, "aber nicht als Dauerblockierer", fordert Lambsdorff: "Wir wollen nicht, dass das Land noch länger und immer wieder auf der Bremse steht". London müsse "jetzt konkrete Vorschläge vorlegen, wo es sich an Europa binden will und wo es sich von Europa lösen will und ob man eine neue Form der Mitgliedschaft will", wird der FDP-Politiker zitiert. Der SPD-Europaabgeordnete Jo Leinen schließt sich an. "Sollte Cameron sein Ultimatum an die Partner in der EU aufrechterhalten und auf weitere Ausnahmen für das Vereinigte Königreich bestehen", sagt Leinen, dann "muss über einen neuen Status des Landes in der EU nachgedacht werden".[9]

[1] "Europa will und braucht einen starken britischen Partner in der EU". bdi.eu 08.05.2015.

[2] Mark Leonard: The British problem and what it means for Europe. European Council on Foreign Relations Policy Brief, March 2015.

[3] Brexit - mögliche wirtschaftliche Folgen eines britischen EU-Austritts. Bertelsmann Stiftung Policy Brief 2015/05.

[4] "Europa will und braucht einen starken britischen Partner in der EU". bdi.eu 08.05.2015.

[5] Mark Leonard: The British problem and what it means for Europe. European Council on Foreign Relations Policy Brief, March 2015.

[6] Das "Weimarer Dreieck" wird von Deutschland, Frankreich und Polen gebildet.

[7] Mark Leonard: The British problem and what it means for Europe. European Council on Foreign Relations Policy Brief, March 2015.

[8], [9] Christoph B. Schiltz, Andre Tauber: Der "Brexit" rückt auf die europäische Tagesordnung. www.welt.de 08.05.2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com